Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 19 (1939-1940)

Heft: 2

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 24.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ment Universel pour la Paix", (R. U. P.) Schweizer Zweig, Sektretariat Gartenhofstraße 7, Zürich 4 (Prof. Leonhard Ragaz), eine Schrift der Emigrantin Anna Siemsen, "Die Schweiz und das tschechoslowakische Schicksal", veröffentlicht.

Politische Kundschau

Schweizerische Umschau

Gebaut wird: die Kistenstraße. / Freiwilliger Arbeitsdienst und Arbeitsdienstpflicht. / Zu der Stützung des Milchpreises. / Vor dem Ende der Kommunistischen Partei.

Wir stehen wieder in einer Periode des Baues großer Alpenstraßen. War die Herstellung der Simplonstraße, der Gotthardstraße, der Lukmanierstraße und der Julierstraße in den ersten Jahrzehnten des letten Jahrhunderts durch das Bedürfnis regeren Bertehres zwischen Tälern und Ländern bedingt, so wird die Notwendigkeit von Neubauten heute vorab aus militärischen Gründen und Gründen der Arbeitsbeschaffung empfunden. Bereits ift die langerwogene Sustenstraße als Berbindung zwischen dem Berner Oberland und dem Reußtal in Angriff genommen worden. Auch bas alte Postulat der Pragelstraße soll nun verwirklicht werden, ja man redet bereits von einer Fortsetzung ins Toggenburg und Appenzellerland hinüber. Das Projekt aber, welches die Offentlichkeit in den vergangenen Monaten und Wochen besonders beschäftigt hat, ist der Bau einer neuen Straßenverbindung zwischen dem Glarnerland und Graubunden. Bezeichnenberweise ift diefer ebenfalls ichon lange erwogene Plan gerade jest und zwar nach der Einverleibung Ofterreichs in bas Deutsche Reich bringlich geworden, benn man empfindet gerade jest bas Beburfnis nach einem zweiten Gingang in Graubunben, ba ber bisherige eine gangjährige Weg durch den strategisch gefährdeten Talkessel von Sargans führt. So fehr nun Ginigfeit barüber herrichte, bag eine neue Strage gebaut werben muffe, so sehr sind bei der Bestimmung ihres Trassés die Meinungen auseinandergegangen. In Renntnis ber bivergierenben Unfichten hat es bereits ber Bunbesrat in seiner "Botschaft über ben Ausbau ber Landesverteibigung und die Bekampfung ber Arbeitelofigfeit" vom 7. Juni 1938 forgiam vermieben, einen Enticheid vorzuschlagen. Er hat nur darauf hingewiesen, daß eine Panigerstraße ober eine Segnesftrage ober "an beren Stelle eine neue Berbindung von Linthal nach Brigels mit Durchftich unter bem Riftenstödli", b. h. eine Riften ftra ge in Frage ständen. Das weitere follte nach allen einschlägigen Gesichtspunkten erft noch überprüft werden.

Am 23. und 24. März 1939 ist nun sowohl im Ständerat als im Nationalrat der Entscheid mit großem Mehr zu Gunsten der Kisten straße gefallen; sür dieses Projekt einer neuen Berbindung aus dem Linthtal ins Borderrheintal sind aus dem Arbeitsbeschaffungskredit 20 Millionen Franken vorgesehen worden. Wenn man die Gründe, welche zu dieser Schlußnahme sührten, kurz zusammensassen will, sind es wohl folgende: Das Kistentrasse ist die den Interessen der Landes verteidigung am besten entsprechende Route. Sie schafft einen neuen Zugang zum Bündnerland, mündet aber auch zugleich in der Nähe des Gotthardmassivs aus und führt in kürzester Linie zum Lukmanierpaß und damit in den Tessin. Dabei ist sie, solange der stark besestigte Talkessel von Sargans

gehalten werben fann, feinblichen Angriffen entzogen. Die militarifchen Sachverständigen haben fich beshalb mehrheitlich für biefen Stragenzug ausgesprochen. Rann man die Ristenstraße aus diesen Erwägungen heraus eigentlich ,,die militärische Straße" nennen, so treten bei ihr tatsächlich die wirtichaftlichen Ermägungen ftart gurud. Ginmal wird man eine Berbindung bes "Unterlandes" mit dem Borderrheintal bei ber geringen wirtschaftlichen Bedeutung jenes Gebietes nicht als wirtschaftliches Bedurfnis werten fonnen. Wirtschaftlich ist die Strafe blog auf weitere Sicht, nämlich in den Augen der Tejsiner, welche damit parallel jum Gotthardpag eine zweite Berbindung mit Burich erhalten, jo daß eine neue fürzere Durchgangsroute Rord-Sud entsteht, die wegen ber vorgesehenen Untertunnelung der höchsten Regionen leichter auch im Winter offen gehalten werden tann. Da indessen der Gingang in den Stragentunnel fehr hoch zu liegen kommen wird, durfte die Gangjährigkeit der Berbindung doch etwas fraglich fein. In wirtschaftlicher Begiehung werben also Nutnießer ber neuen Route eigentlich nur das Mittelland und der Tessin sein. Graubunden fommt etwas daneben. Gleichwohl entspricht die Riftenftrage den heute maggebenden eid. genöffifchen Belangen, welche fich in ben militarifchen Unforderungen und im Bedürfnis nach einer neuen Nord-Sudverbindung ausdruden. Benn alfo Bundesrat Etter im Namen bes einstimmigen Bundesrates erklärt hat: "Die neue Strafe fann nur gebaut merben unter bem Gefichtspuntt bes eibgenöffischen Gejamtinteresses" und dieses Besamtinteresse für die Ristenstraße in Unspruch genommen hat, so lag wohl barin - jo fehr man die Benachteiligung Bündens bedauern mag - eine fehr stichhaltige überlegung.

Aus verständlichen Gründen ift natürlich die Hauptmacht der Graub und = ner für eine Strafe eingetreten, die sowohl mit Chur als mit Mittelbunden und dem Engadin und mit dem Splugen- und Bernhardinpag die furzefte Berbindung hergestellt hatte, nämlich für die Segnesstraße, die von Elm nach Flims-Reichenau geführt hatte. 74 gegen 20 Stimmen sprachen sich im Großen Rate noch Mitte Marz für dieje Lösung aus. Auch Glarus hatte fich bamit ichon befreundet. Die Segnesstraße wäre in erster Linie "die wirtschaftliche Straße" geworden, welche bas Webiet Bundens neu erichloffen hatte. Gowohl in militärischer Sinsicht als im Sinblid auf den Alpenfernverkehr ware fie aber an Bebeutung gurudgestanden. Sie mare auch - ba fie beiberseits an ausgebaute Stragen angeschloffen hatte - am billigften gu fteben gefommen. Immerhin hatte man wohl mit einer fehr langen winterlichen Sperrdauer rechnen muffen in Anbetracht des Umftandes, daß die Untertunnelung erst auf 2300 Metern begonnen hatte. Indem nun der Enticheid ju Ungunften des Segnesprojettes gefallen ift - in einem Zwischenstadium, als die ständerätliche Kommission die 20 Millionen des Bundesrates für die Kiftenstraße zu streichen beschloß, bestand Ausficht auf fein Zustandekommen -, hat die Churer Befürchtung des "Um fahrenwerben 3" mit ber Ausführung der Riftenftrage in an fich bedauerlicher Beife praftische Gestalt angenommen. Der Großteil Bunbens wird nun tatsachlich von ber neuen Stragenverbindung nicht viel zu fpuren befommen. Die zerfahrene Bundner Politif ift hieran nicht unschuldig. Sie verlangte zuerst eine Bahnverbinbung Reuftal-Borberrheintal mit Basistunnel, und mit Bezug auf ben Durchstich aus dem Glarnerland foll laut der "R. 3. 3." bei den "Deputaus" die Devije umgegangen fein: "Lieber nichts als den Riften!" So schaltete fich die Bunbner Politik bei der Entscheidung eigentlich selber aus.

Bei der ganzen Diskussion, die nach einer Feststellung der "N. 3. 3." "in das gefährliche Stadium leidenschaftlicher und bedauerlich une id genössisch er Bersteilicher und bedauerlich une id genössischer Berstein" war — auch die Tessiner hatten sich unnötigerweise aufgeregt —, ist das Projekt der Panizerstraße schon frühzeitig außer Absichied und Traktanden gefallen. Das eventuelle Interesse der Glarner daran stieß eben weder bei den Bündnern noch bei den Tessinern auf ein Gegeninteresse. Auch

die militärischen Organe konnten sich nicht dafür erwärmen. So wurde die vermittelnde Lösung der Panizerstraße auf gegeben, tropdem sie die Borteile der Billigkeit — die Kosten hätten nur 14 Millionen betragen — und der leichten Offenhaltung im Winter für sich gehabt hätte.

Das Arbeits dien stproblem gibt uns nach wie vor zu schaffen. Als seinerzeit im Jahre 1920 der mit einem idealen Gedankenflug begabte Nationals rat Waldvogel für die gesamte Schweizerjugend eine sechsmonatige Arbeits dien stpflicht postulierte, war das Erstaunen der Öffentlichkeit größer als das Verstehen. Inzwischen haben sich jedoch die Verhältnisse so grundlegend geändert, daß eigentlich niemand mehr an der Notwendigkeit eines Arbeitsdienstes zweiselt. Fraglich ist nur die Art der Durchsührung: ob freiwillig wie dis anhin oder obligatorisch wie gesordert, ob lediglich als Arbeitsgemeinschaft oder als Arbeitss und Bildungsgemeinschaft, ob nur unter Zusammenfassung von Jugendslichen oder auch von älteren Leuten, ob nur sür Arbeitslose oder auch sür andere Personen. Eine wertvolle Aussprache hierüber hat letztes Jahr auf Einladung der "Schweizerischen Zentralstelle für freiwilligen Arbeitsbienst" stattgefunden, und das Resultat war ein klares Festhalten an der Freiwilligkeit im Sinne der bisherigen Arbeitslager als Arbeitss und Bildungsstätten.

Nichtsdestoweniger kommt das Postulat der Arbeitsdienst pflicht nicht zur Ruhe, denn es liegt in der allgemeinen Tendenz unserer Zeit, den jungen Menschen sür eine bestimmte Haltung zwangsweise zu sormen. Weit entsernt davon, daß dieser Gedanke etwa nur die modernen nationalsozialistischen Beltanschauungen bewege oder nur in den sozialistischen Zirkeln Fuß gesaßt habe! Im Gegenteil lesen wir auch in der freisinnigen "Politischen Rundschau" (von J. Hosstetter in Nr. 12-1938) eine klare Berfecht ung des Obligatoriums mit den Worten: "Eine Arbeitsdienstpflicht für die gesamte männliche Jugend wäre geeignet, drei Forderungen auf einmal zum Durchbruch zu verhelsen: dem obligatorischen staatsbürgerlichen Unterricht, dem obligatorischen militärischen Borunterricht und zu einem Teil der Bekämpsung der Arbeitslosigkeit". Drei Fliegen auf einen Schlag also! Was bleibt aber da übrig vom grundlegenden Gedanken des Arbeitsdienstes, wie er zuerst in den studentischen Arbeitskolonien — ab 1925 — seinen Ausdruck gestunden hat? Nicht mehr viel!

Greifen wir auf das fehr intereffante Bejt der "Schweizerischen Sochschul-Beitung" über "Stubentische Arbeitstolonien" (Juni 1937) zurud, jo finden wir im Borbergrund das Streben, "den Bedanten der freiwilligen Arbeitsleiftung als Silfe für notleibende Bolksgenoffen in die Tat umzuseten" (S. 73 f.). Gleichzeitig wird der junge Bürger burch die Arbeits- und Lagergemeinschaft "zum Staatsburger im besten Sinne erzogen". Man sieht, daß der Ton hier vorab liegt auf den Borten: Arbeit und Gemeinschaft, aus denen sowohl ein Dienst am Bolke als auch die staatsbürgerliche Erziehung wie von jelbst hervorwachsen joll. Erst später jind dann noch die Momente der Freizeitbeschäftigung und der Beiterbildung hinzu gekommen, offenbar weil Arbeit und Gemeinschaft allein ben Anforderungen nicht genügten. Bon ber studentischen Arbeitskolonie ist die Entwicklung bann 1932 jum Freiwilligen Arbeitsbienft für Jugenbliche überhaupt, insbesonbere Arbeitslose, fortgeschritten. Bas also bie Studenten zu Stande gebracht hatten, das sollten fortan auch irgend welche andere junge Leute bewerkstelligen. Aber die Arbeit murde zu Bunften der beruflichen Fortbildung und der belehrenden oder spielenden Freizeitbeschäftigung sichtbar gurüdge brangt. Bei 8 Stunden taglicher Arbeitszeit im F. A. D. können 3. B. zwei Stunden für die berufliche Fortbildung verwendet werden. In der gleichen Richtung liegt nun die in der "Bolitischen Rundschau" angestrebte Bertoppelung bes Arbeitsdienstes mit der ftaatsburgerlichen Erziehung, mit dem militärischen Borunterricht und mit der Betämpsung der Arbeitssosigkeit. Die Tendenz geht offensichtlich dahin, aus der Institution mit dem Zentralgedanken der manuellen Arbeit als eines Dienstes eine staatsbürgerliche Erziehung Kalt zu machen, in welcher die Arbeit und der Dienst am Bolke zurücktreten hinter die Gedanken der Erziehung und der Bildung. Und der Dienst wird dadurch nicht mehr als Hilfe, sondern lediglich als eine Pflicht erscheinen. Ohne Zweisel wird also — wenn es so weiter geht — der Arbeitsdienst in strenge Formen gegossen, welche mehr den Eindruck einer Schule als eines Arbeitserlebnisses hinterlassen. Banz abgessehen davon, daß es praktisch unmöglich ist, mit dem Arbeitsdienst auch noch den staatsbürgerlichen Unterricht und den militärischen Borunterricht zu verbinden, sollte kein Mittel unversucht bleiben, um einer solchen Entart ung zu begegnen.

Einem soeben erschienenen Aufrufe ift zu entnehmen, daß der Freiwillige Arbeits-Dienst — einen obligatorischen besitzen wir ja bekanntlich nicht — seit dem Jahre 1933 412 Lager für jugendliche Arbeitslose mit rund 19 000 Teilnehmern sowie 99 Lager für altere Arbeitslose mit 5200 Teilnehmern burchgeführt habe. Der genannte Aufruf schildert die Erfolge als gut. Bleibende Werte aus eidgenöffischem Bruderfinn seien geschaffen worden, und ben Arbeitslosen habe ber Dienst nicht nur Hoffnung und Freude an der Arbeit, sondern auch Berufsstellen vermittelt. Die Urteile lauten indessen nicht burchwegs jo gunstig. So hat der Referent eines Diskuffionsabends der Neuen Helvetischen Besellschaft in Zürich, Dr. Wolfer, festgestellt: "Die Besetzung der Lager war nie gut und ist heute ausgesprochen schlecht". Ferner bemerkte er eine Wesensänderung ber Institutionen: "Der Freiwillige Arbeitsdienst ift heute nicht mehr ein Ehrendienst am Bolte, sondern eine Fürsorgeeinrichtung für die Teilnehmer". Ober im Zürcher Kantonsrat wurde letten Herbst allen Ernstes von der Aufhebung der Lager für ältere Arbeitslose geredet, da deren Arbeit teurer zu stehen kommen als im freien Wettbewerb. Unseres Erachtens können sich die Berhältnisse nur dann wieder bessern, wenn der Arbeitsdienst eine Sache der absoluten Freiwilligkeit bleibt, wenn also weder von Arbeitsämtern noch von Armenpflegen ein Zwang auf die Teilnahme ausgeübt wird. Mit Recht hat E. Lut in seinem jeden Zwang ablehnenden Auffage über "Die Zufunft bes Arbeitsbienftes" in erster Linie gefordert, es fei ,eine neue Ginftellung gur Arbeit, ein neues Arbeitsethos" zu schaffen.

* *

Der Milch preis, wenigstens der Grundpreis, welchen die Bauern für ihre Milch erhalten, wird prinzipiell bestimmt vom "Zentralverband schweizerischer Milchproduzenten". Dieser Verband nimmt Milch und Käse ab und verkauft sie weiter einerseits an die Milchhändler und andererseits an die "Käseunion", d. h. an die Käsehandelsorganisation. Er garantiert den Erzeugern einen Minde sie st preis. Nun haben jedoch die Bauern schon seit Jahren erklärt, mit dem Preise, den der Verband zahlen konnte, nicht auskommen zu können. Sie gelangten deshalb an den Bund, damit er den Milchpreis st ütze, beziehungsweise damit er so viel Geld in den Garantiesonds zuschieße, daß der Liter abgelieserte Milch mit einem gewissen Mindestbetrag vergütet werden könne. Bis zum 1. September 1938 z. B. wurde so mit Unterstützung des Bundes ein Minimalpreis von 20 Rappen garantiert und bezahlt. Von da an ermöglichte die Handreichung des Bundes nur noch einen Preis von 19 Rappen. Aus diesem Puntte stehen wir heute.

In der letten Septembersession hat dann die Bundesversammlung folgende Motion aus der Mitte des sog. "Landwirtschaftlichen Klubs" gutsgeheißen: "Der Bundesrat wird beauftragt, unverzüglich Vorbereitungen zu tressen, daß der Produzenten preis der Milch wieder auf 20 Rappen erhöht werde, und mit Beschleunigung den eidgenössischen Käten darüber Antrag zu stellen, wie er auf dieser Höhe erhalten werden kann." Mit anderen Worten

war das ein Antrag auf Erhöhung der Bundesssubvention an die milchwirtschaftenden Bauern, auf eine stärkere Milchpreisstühung. In seiner "Botschaft über eine weitere Fortsehung der besonderen Bundeshilse für die Landwirtschaft" vom 24. Februar 1939 errechnete der Bundesrat die für die Erreichung des angestrebten Zieles notwendigen Mittel auf 26 Million en Franken. Die gleiche Bundesversammlung nun, die damit einverstanden war, daß in der Abergangsordnung der Bundesssinanzen sür die Jahre 1939 bis 1941 nur je 10 Missionen Franken sür Mischpreisstühung vorgesehen wurden, hat nun im März 1939 bemerkenswerterweise wider den Willen des Bundesrates auch diese 26 Missionen de willigt. Den Ausschlag gaben die Bauern und die Katholisch-Konservativen, während die Radikalen und die Sozialisten den bundesrätlichen Antrag auf Gewährung von nur 12 Missionen resp. Belassung des Grundpreises auf 19 Rappen versochten. Ja, diese Angelegenheit wäre noch ganz bereinigt worden, wenn nicht der Radschuh der Zweidrittelsmehrheit sür Dringlichkeitsbeschlüsse die Fahrt "ins Blaue" gehemmt hätte.

Man muß sich in dieser Milchpreisstühungs-Frage über zwei Dinge wunbern: über die Bequemlichfeit ber Bauern und über die leichtsinnige Fortsetzung der Subventionenpolitik. Die Leser werden mich der Pflicht entheben, über bas Subventionenwesen neue Borte zu machen: bie Bundesversammlung scheint hierin unverbesserlich zu sein. Dagegen soll die Rebe jein von ber Saltung ber Bauern. Seit Jahren wird bekanntlich Milch im überfluß produziert, ja, das lette Jahr hat noch eine ganz besondere Steigerung der Erzeugung gebracht. Gegenüber 1918 beträgt bie Zunahme seit 1928 etwa 40 %. Gleichzeitig ift aber die Ausfuhr von Milch und Milcherzeugnissen außerst ftart gegenüber 1931 um etwa 70 % — zurückgegangen. Das alles konnte sich natürlich nicht vollziehen ohne einen Rückgang bes Ackerbaues — von 160 000 auf 120 000 heftaren -, ohne eine ftarke Einfuhr von fremden Futtermitteln - bie Bunahme im Laufe der letten 25 Jahre beträgt 10 000 Bagen — und ohne eine wesentliche Bermehrung des Rindviehbestandes - innert zwei Jahren über 130 000 Haupt. Unter diesen Umständen ließ sich natürlich auch ein überangebot von Milch mit Tenbeng gur Preisvertiefung und eine Senfung ber Fleischpreise nicht vermeiben. Gleichzeitig machte fich bas Bedurfnis nach einer großen Getreibeeinfuhr bemerkbar. Alles in allem zusammengenommen läßt sich die landwirtschaftliche Lage jest berart charakterisieren: Zu viel Milch — Unmöglichkeit. einen rechten Milchpreis zu halten; zu wenig Acterbau - Unmöglich feit einer auch nur einiger maßen rechten Selb ste ber for gung. Unftatt nun alles zu tun, um beizeiten bie nichtrentierenden Milch= betriebe auf vermehrten Ackerbau umzugestalten, anftatt sich auf die weichende Milchpreisftugung einzustellen, anftatt Magnahmen zu treffen gegen eine weitere Erhöhung der Milchproduktion im Falle der Bezahlung von 20 Rappen Grundpreis, haben es sich die Milchproduzenten leicht gemacht und wollen einfach die sehr ergiebige Bundeskuh weiter melken. Das ist natürlich viel bequemer als eine Umfehr von ber falichen Fahrte, auf ber fich unfere Landwirtschaft befindet.

Aber diesmal scheint es wirklich hart auf hart zu gehen. Schon die bundesrätliche Botschaft ist in einem sehr bestimmten Tone gehalten. "Bis hierher und nicht weiter!" Der Bundesrat erwähnt, er habe schon früher "mit allem Nachdruck auf die Angleichung der landwirtschaftlichen Produktion nach Menge und Güte an die Aufnahmefähigkeit des Marktes unter tunlichster Berücksichtigung des Selbsthilsegedankens hingewiesen". Bei freier Produktion sei die gewünschte Absah und Preissicherung "ein wirtschaftliches Fehlexperiment". Der Bundesrat müsse sich an den Abergangssinanzplan halten. Es bestände bei einem Preisaufsichlag auf 20 Rappen "die Gesahr, daß der Produktionsanreiz noch in vermehrstem Maße in der unerwünschten Richtung ersolge." Das Ziel der fünstigen Orien-

tierung muffe aber "in ber Abkehr von ber Ginfeitigkeit und in ber überleitung zum vermehrten Ackerbau liegen." Dazu tam dann noch die fehr deutliche Rede von Bundesrat Obrecht im Ständerat, in der ausdrücklich gesagt wurde, die Milchpreissubventionen dürften "feine ewige Einrichtung" werden. Es ist auch zu erwarten, daß dieser Magistrat, der "mütterlicherseits und väterlicherseits den Stierentopf im Bappen führt", feine im Gesamtintereffe liegende Position weiterhin mit Glan verfechten wird. Allmählich icheint aber die Bernunft auch auf der Bauernseite durchzudringen. Zwar zunächst noch nicht beim Schweizerischen Bauernverband, der in einer Erklärung seinen und des "Zentrals verbandes" Standpunkt aufrecht erhält, jedoch hinsichtlich seiner angeblichen Umstellung auf ben Aderbau — begreiflicherweise — noch auf die Darstellung seiner "Erfolge" verzichtet. Dagegen weiter außen im Bauernvolk beginnt es ichon anbers zu tonen. Da hat im "Schweizerischen Bentralblatt für Milchwirtschaft" ein Bauer geschrieben: "Und dann muß man es bekennen, an der ewigen Milch. preisstützung ift ichon etwas Bettelei, mehr ober weniger Canoffagang, ber bem Ehrgefühl vieler Bauern nicht entspricht", und weiter: "Das Milchproblem läßt fich überhaupt nur mit einer Ginschränfung der Milchproduktion lofen". Selbst ber Bauernführer Dr. Abt meint in ber "Margauischen Bauern- und Burger-Zeitung", die Annahme der 26 Millionen aus der allgemeinen Bundeskaffe sei, eine Fehllösung, die sich bitter rächen wird".

* *

Es gibt in ber Schweiz heute eigentlich nur noch zwei tommuniftische Bentren, nämlich die Städte Bafel und Zurich. Anderswo haben die Rommunisten überall abgewirtschaftet. Selbst in Burich aber beginnen sich ihre Reihen zu lichten, denn bei den jüngsten Kantonsratswahlen verlor die Kartei mit der Hälfte ihrer Stimmenzahl auch die Hälfte ihrer bisherigen vier Mandate. Daß die Kommunisten von einiger Bedeutung seien, kann man eigentlich nur noch in Basel sagen, wo sich immerhin noch 4000 Stimmberechtigte zu ihnen bekennen. Das Leben wird ihnen aber in Basel so gut wie anderwärts nicht leicht gemacht Ende November des vergangenen Jahres hat fich nämlich die Bafler Burgerichaft für ben Ausichluß ber Rommunisten aus ben öffentlichen Stellungen entschieben. Much in Burich liegen Berbotsinitiativen in der Regierungsfüche, die dem Bolfe jum Benuffe gereicht werben follen. Ift es auch in diefen beiden Ständen noch nicht zu einer allgemeinen Austreibung ber Lenins- und Stalinsanbeter gefommen, jo haben immerhin die Stände der Urschweiz und des Welschlandes mit ihnen eindeutig "kragab" gemacht. Daß Kommunisten auch im Bundesdienst ichon lange nicht mehr geduldet werden, durfte ebenfalls befannt fein. Nichtsbestoweniger macht ihre Partei immer noch verhältnismäßig viel von sich reben. Sie beruft laute Berjammlungen ein, fie hat g. B. einen feierlichen Empfang ber "Spanienkämpfer" arrangiert, und sie hat insbesondere neben ihren parlamentarischen Bertretern noch ihr eigenes Sprachrohr in ber Zeitung "Freiheit". Als Settion ber Rommunistischen Internationale besitt sie also doch immer noch allerhand Mittel, um bolichemistischen Geist zu verbreiten und die Geschäfte der ruffischen Weltrevolution zu besorgen.

Es bekommt der Kommunistischen Partei indessen schlecht, daß sie sich besharrlich weigert, die politischen Speisen unseres Landes zu gesnießen. So geht es ihr jest wie dem "Suppenkaspar" im "Strubbelpeter", der zusehends abmagerte, weil er die Suppe nicht essen wollte. Bereits kann man sie so abgemagert sehen, wie es der trosige Kaspar "am vierten Tage" war, wo er "nur noch ein halbes Lot" wog, und man sieht bereits auch schon den "fünsten Tag" nahen, wo sich über der Partei wie über dem toten Kaspar ein Grabhügell wölbt — nur mit dem Unterschied, daß diesem natürlich Sichel und Hammer aufsgesteckt werden anstatt des Kreuzes, welches auf dem Grabe "Suppenkaspars" ragte.

Um gegenwärtigen "vierten Tage" haben nun — veranlagt burch ben Bafler Ausichluß ber Rommunisten aus ben Staatsbetrieben — die Rommunisten versucht. eine Fusion ihrer absterbenden Partei mit der Sozialbemokratischen Partei zu bewerkstelligen. Unter der Devise "die einheitliche Arbeiterpartei unter allen Umständen herzust ellen", riefen sie ben gangen Winter hindurch tagtäglich zur Berschmelzung, naturlich in der Meinung, auf diese Beise sich selbst und ihr Gedankengut in die Butunft hinüberretten zu konnen. Aber die Untwort von den fozialiftischen Brudern flang nicht freundlich. Das "Bolksrecht" jagte es frank und frei heraus, daß die Einheit der Arbeiterschaft in erster Linie gehe "über die Liquidation der Rommunistischen Partei der Schweiz und aller ihrer Seftionen und Nebenorganisationen". Zugleich wurde der in dividuelle Abertritt der Kommunisten, also die gänzlich Auflösung der R. P., verlangt unter Sinweis auf die neuen Beschluffe bes Parteiausichuffes über die Aufnahme ehemaliger Rommunisten, wonach fein Gesuchsteller in die S. P. aufgenommen werden darf, wenn er "noch Mitglied der R. P. ift ober sonstige Bindungen mit irgendeiner kommunistischen Organisation unterhält" — und wonach der Gesuchsteller ferner erklären muß, die Grundfate der S. P. anzuerkennen und keinerlei kommunistische Bellenbildung zu betätigen. In gleicher Beise außerte sich am 16. Marz 1939 auch die Baster Sozialistische Partei. Da die Kommunisten baraufhin mit den Sozialisten hinsichtlich bes maßgebenden sozialistischen Programms — Richtung Grimm ober Richtung Nicole? — ins Gespräch tommen und doch eine Berschmelzung zustande bringen wollten, wurde die Diskussion sozialistischerseits als geschlossen erklärt. Es wird der Kommunistischen Partei also — die Sozialisten haben an ihrem Parteitag in Lausanne harte Haltung gezeigt — nichts anderes übrig bleiben, als nach dem "vierten Tag" auch noch den "fünften Tag" zu erleben: ben Tag, an bem ber Suppentafpar "tot" war.

Bülach, den 28. April 1939.

Balter Sildebrandt.

Londoner Brief.

Der Ausbau der "Friedensfront". / Danzig.

Unter allen schwerwiegenden Ereignissen des nun zu Ende gegangenen Monats Upril ift für den Engländer die Ginführung der Behrpflicht die gewichtigste Magnahme: sie bedeutet ein großes, nur schweren Bergens gebrachtes Opfer, das England für die Restigung der schnell aufgerichteten Friedensfront darbringt. "Die Wehrpflicht ift bem Beift und ber überlieferung Großbritanniens fremd; der Plat, den fie im Leben Frankreichs und der Schweig, Hollands und Danemarts einnimmt, zeigt jedoch, daß sie nicht undemokratisch ist. Glücklich das Land, das jie vermeiden fann: ihre Einführung heute fann aber ben Ausschlag bei der Frage Krieg oder Frieden bringen." Diese englische Stimme — sie ift dem "Spectator" entnommen - burfte die auf dem Festland oft nicht verstandene Abneigung bes Engländers gegenüber diefer Zwangsmagnahme treffend wiedergeben. Bugleich aber nennt fie ben Grund, aus bem trop allem das Opfer gebracht wurde: nichts, auch nicht die liebste Gewohnheit und vertrauteste überlieferung, barf bem großen Ziel entgegenstehen: der Erhaltung des Friedens. Großbritannien hat am 31. Marg ben Bolen bewaffnete Silfe für den verhängnisvollen Fall eines Ungriffs versprochen, es hat am 13. März Rumänien und Griechenland eine entsprechende Doppelzusage erteilt. Die Ginführung der Behrpflicht foll noch einmal äußerlich beträftigen, daß es die Mittel zur Erfüllung diefer Berfprechen bereit stellt.

Ber die jedem Engländer angeborene Abneigung gegen alle Art Zwang kennt, konnte sich nicht über die Ablehnung wundern, die das am 26. April angefündigte Behrgeset bei der Arbeiter- und der liberalen Oppositionspartei fand. Diese Ablehnung wird sich jedoch bei ber eigentlichen Durchführung bes neuen Wehrzwanges nicht auswirken. Bei ber Abstimmung am 28. April stimmte zwar die Arbeiterpartei gemäß bem Bunich ber Gewertschaften gegen ben Borichlag, die Oppositionsliberalen jedoch spalteten sich: sieben stimmten bagegen (entsprechend ber von Sir Archibald Sinclair eingenommenen Haltung), sieben, barunter Lloyd George, nahmen ben Zwang als einen Beitrag für die neue Friedensfront an. Es sind Stimmen laut geworden, die von der englischen Behrpflicht geringschätig sprechen: soweit dies aus Kreisen kommt, bei denen der Bunsch der Bater des Gedankens ist, fann man damit rechnen, daß die soldatischen Jackkenner dem widersprechen werben. Bewiß, Großbritannien hat nur einen Jahrgang einberufen: er wird ein halbes Jahr im regulären Beer bienen, das zur Zeit eine tatsächliche Stärke von 204 000 Mann hat und in seiner Ausbildung am besten mit der früheren deutschen Reichswehr verglichen werden kann; wie diese sett es sich aus Berufssoldaten zusammen, beren Ausbildungsstand auf der Höhe bes früher von der Reichswehr gehaltenen Stands einer Auslesetruppe steht. Bu biefer zwei mal Sunberttausend-Truppe treten nun also genau so viele Refruten bes Sahrgangs 1919 hinzu. Rach der halbjährigen Ausbil= bung sind sie auf weitere dreiundeinhalb Jahre zu regelmäßigen übungen verpflichtet, und zwar werben fie jährlich 30 jogenannte "Drills" und zwei Wochen Lager bei ben Territorialen mitmachen. Dies zeigt am besten die tatfachliche Bebeutung ber Magnahme. Singu fommt, bag es später natürlich, jalls bies erforberlich werben follte, möglich ift, burch einfache Busatgefete weitere Jahrgange einzuziehen: die Bermeidung einer noch weitergehenden Magnahme im Augenblick erklärt sich einfach baraus, daß eben ber Zwang an sich als unenglisch empfunden wird -- vergessen wir nicht, daß Sir John Simon, der heutige Schapkanzler, mitten im Beltfrieg wegen der Ginführung der Behrpflicht gurudtrat! Singu kommt, daß der Zustrom der Freiwilligen zum Heer unverändert anhält, ja noch wächst: er betrug im April je Tag nie weniger als 2000 Mann. Es ist, rein technisch, für England im Augenblid unmöglich, eine noch größere Bahl von Refruten auszubilben. Das Freiwilligenheer Englands - die Territorialen - wird in diefem Sommer die Biffer von 450 000 erreichen, fodaß Großbritannien bann über eine Besamtstreitmacht von über einer Million ausgebildeter Truppen verfügt, die sofort einsate bereit find. Aber die Gute des englischen Beeres im Weltkrieg find fich Freund wie Feind einig: burch bie Magnahmen wird jenseits jeden Zweifels festgestellt, bağ ichon im Augenblid eines plöglichen Kriegsausbruchs britische Truppen in genugender Bahl bereit stehen. Im Weltkrieg standen nur wenige Divisionen bes regulären Beeres unmittelbar gur Berfügung - die Territorialen folgten erft ganze fechs Monate später!

Zugleich ermöglicht das neue Heeresgeset eine bessere Berteidigung in der Abwehr: wie in unserem letten Londoner Brief dargestellt, fällt die Heimatverteidigung — Küsten- und Fliegerschut — dem Freiwilligenheer der Territorialen zu. Bon nun an werden die Flugabwehrbatterien aber ständig besetzt sein. Während der dem territorialen Heer angehörige Freiwillige seinem bürgerlichen Beruf nachzgeht, nehmen reguläre Truppen seinen Platz ein und halten ihn auch zu Beginn einer Krise, bis das territoriale Heer mobil gemacht ist.

Der Entschluß zur Einführung ber Dienstpflicht tam für die Offentlichkeit überraschend, obwohl sie, wie als sicher angenommen werden darf, in den Gesprächen mit dem polnischen und dem rumänischen Außenminister während ihres Besuchs in London behandelt worden sein dürfte. Ausschlaggebend waren, nach Chamberlains klarer Darstellung, die Besorgnisse Frankreichs und anderer sestlän-

bischer Staaten; sie zweiselten zwar nicht die Ernsthaftigkeit des britischen Hilfsversprechens an, waren jedoch durch die deutschen Stimmen beunruhigt: "Der blutige Scherz, daß Großbritannien bis zum letten Franzosen zu kämpsen bereit sei, wurde von Hauptstadt zu Hauptstadt ausgeboten. Es wurde uns klarer und klarer, daß diese Zweisel den Ersolg unserer ganzen Anstrengung, eine seste Front gegen den Gedanken einer Gewaltherrschaft aufzurichten, aufs Spiel setten." Deshalb, so sagte Chamberlain, habe er zur Dienstpslicht übergehen und eine der besonders geschätzen Aberlieserungen Englands zeitweilig aufgeben müssen. Einem sestländischen Zuschauer kann gar nicht ost genug gesagt werden, daß es im britischen Wortschatz Ausdrücke wie "Ehrendienst im bunten Rock" oder "Ehrenpflicht zum Wassendienst" einsach nicht gibt: Großbritanniens Jugend hat der Krone steiß freiwillig Soldaten zur Bersügung gestellt. Nie jedoch hat sie dem Staat das Recht auf Zwang zuerkannt. Dies liegt ties im britischen Freiheitsbegriff begründet, für den, noch immer, das Glück der Persönlichkeit den höchsten Wert im Leben darstellt.

* *

Ganz im Schatten ber Rüstung steht auch ber gewaltige Haushalt, ben der Schattanzler, Sir John Simon, am 25. April vorlegte: der Traum ber Sozialisten von ehedem, die sich Bunder von einem Tausend-Millionen-Haushalt versprachen, ist damit längst überslügelt. Die Ausgaben betragen nicht weniger als 1 322 000 000 Pfund Sterling. Dies wurde ohne eine Erhöhung der Einkommensteuer ermöglicht, ja es sind nur unbedeutende Steuererhöhungen nötig gewesen. Der Löwenanteil der Ausgaben fällt naturgemäß auf die Küstungen zu Land, zur See und in der Lust. Kritik wurde kaum laut, ja der Haushalt scheint von der Offentlichkeit sast vergessen zu sein, bevor er noch im Unterhaus verabschiedet wurde. Bisher hat Sir John Simon nicht gesagt, ob er noch dem Gedanken treu geblieben ist, alle wiederkehrenden Ausgaben, auch der Küstung, durch Steuern und nur die außergewöhnlichen Ausgaben durch die ausgenommenen Anleihen zu decken. Ausstätung hierüber werden wohl die nächsten Bochen bringen.

Die Dienstpflicht murbe fo ichnell eingeführt, um nicht ben Unichein gu er-

meden, ob fie eine Folge ber Rebe bes beutschen Reichstanzlers barftelle. Um Berlin hiervon zu unterrichten, murbe ber britische Botschafter überfturzt am 23. April nach Berlin gurudgefandt. Der beutsche Außenminister empfing ihn jedoch nicht, fodaß die Mitteilung nur dem Staatsfefretar gegenüber abgegeben werden fannte. Da Berr von Ribbentrop Zeit fand, ben finnischen Unterrichts. minifter, ber beutsche Schulen besichtigte, bagegen nicht Sir Neville Benberson zu empfangen, hat bies in Londoner Rreifen als beabsichtigte Rrantung gewirkt und es wird bavon gesprochen, daß Benderson nur noch turge Beit in Berlin bleibt, bann anderwärts verwendet werden foll. Auch hier ist die öffentliche Meinung der Regierung voraus - dies scheint eines der hauptkennzeichen ber britischen Politit feit München ju fein: jeweils wird ber Regierung zögernbe und schwächliche Saltung gegenüber Deutschland und, wenn auch mit Ginschränfungen, gegenüber Stalien vorgeworfen. Chamberlain braucht in vielen Einzelfragen längere Aberlegungszeit als die Offentlichkeit, die mit ihren Forderungen und Urteilen ichneller gur Sand gu fein icheint. Selbst Rleinigkeiten, wie die Rusenbung eines Gludwuniches jum Geburtstag bes beutschen Reichstanzlers aus England, mahrend meber Lebrun noch Roosevelt aus biefem Unlag brahteten, werden von ber britischen Offentlichkeit bemerkt und kritisch beurteilt: soweit Neville

Chamberlain, so kann man zusammenfassend sagen, überhaupt Wiberstand im eignen Land antrifft, handelt es sich um den Borwurf zu großer Nachgiebigkeit, zu großen Entgegenkommens. Seit langem hat die Offentlichkeit, um ein weiteres Beispiel zu nennen, ein besonderes Ministerium für die Berteilung ber Ruft ung sauftrage, alfo ein "Munitionsministerium", wie es Llond George in Beltfrieg zeitweise leitete, gefordert: jest endlich hat Reville Chamberlain diesem dringenden Wunsch nachgegeben und ein "Ministry of Supply" eingerichtet. Jedermann erwartete, daß er damit Binfton Churchill beauftragen murbe: ftatt beifen mahlte er ben als guten Organisator bemahrten Berfehrsminifter Dr. Leflie Burgin. Seitbem nimmt man in Londoner Rreifen an, bag Churchill für einen wirklich politisch bedeutsamen Boften vorgesehen ift — das "Ministry fo Supply" beschränkt sich ausschließlich auf die technischsorganis satorischen Fragen ber Lieferungen für bas Beer. Bahricheinlich wird ber seit vielen Monaten von England abwesenbe "Lord President of the Council", Lord Runciman, seinen Kabinettssit zur Berfügung stellen, sodaß Winston Churchill in die Regierung eintreten und seine Arbeitskraft allgemein politischen Fragen widmen fann. Auch die Stellung Unthonn Ebens ist noch ungeklärt: seine Rückehr in die Regierung ist oft vorausgesagt morden, und es steht fest, daß fehr einflugreiche Rabinettsmitglieder sich bafür einsegen. Eben, ber erft 42 ift, fann offensichtlich warten und sich für ben Kall einer wirklich ernsten Krife aufsparen: er ist noch immer der Mann, der in allen Parteien die weiteste Gefolgschaft hat und als ein starter Unwärter auf das Amt des Erstministers einer breiten Einheitsregierung ber Bufunft gelten muß.

* *

Die außergewöhnliche Schnelligkeit, mit der die britische Diplomatie seit dem Einmarich ber deutschen Truppen in die Tichechoslowakei gearbeitet hat, führte im April zu einer endgültigen gegenseitigen Silfszusage zwischen Großbritannien und Bolen, zu einem einseitig britischen und frangofischen Silfsversprechen an Rumanien und Griechenland und zu einer im Grundfatlichen wohl abgeschloffenen Unnäherung zwischen Großbritannien und Rugland, Großbritannien und ber Türkei, jowie zwischen der Türkei und Rumanien und zwischen Rumanien und Bolen. Beichleunigt wurde diese Entwicklung burch die Ungliederung Albaniens an Italien am Karfreitag, bem 7. April. Sobald die Lage zwischen Rußland einerseits, ber Turtei, Rumanien und Bolen andererseits geklart ift, wird bie Front dieser Staaten in endgültigen Berträgen ihrem gemeinsamen Willen Ausbrud geben: erfolgt ein Angriff auf einen biefer Staaten, fo werden die anbern mit ihrer gesamten Streitmacht bewaffnete Silfe leiften. Erfolgt fein Ungriff, jo tommt das gegenseitige Silfsversprechen natürlich nie zur Anwendung - und bies ift in der Tat die hoffnung aller Bolter und Staatsmänner aller Länder Europas.

Das britische Verhältnis zu Griechen sand erwies sich während der alsbanischen Arise als äußerst eng: eine Besetzung Korsus durch Italien hätte zum Eingreisen der englischen Flotte geführt, wie damals erklärt wurde. Die enge Freundschaft zur Türke i ist bekannt und wird sich leicht in Vertragssorm bringen lassen, sobald die russischen Besprechungen abgeschlossen sind. Rumäniens Lage wurde während der Londoner Besprechungen des Außenministers Gasencu und der anschließenden Verhandlungen in Paris dahingehend geklärt, daß die beiden Bestmächte den Rumänen bewassente Hispegene einen Angreiser bringen werden, ohne daß Rumänien zu einer Gegenleistung verpslichtet ist. Somit wendet sich nun die diplomatische Ausmerksamkeit den Verhandlungen der an Rußland grenzenden Staaten mit Moskau zu. Die Frage: sühlen sich diese Staaten unsicher, glauben sie, daß ihnen möglicherweise ein Angriff droht, ist wohl am klarsten durch diese Verhandlungen mit Rußland bejaht. Der zwischen Rumänien und Polen noch geltende Vertrag war als Schutz gegen einen Übergriff Rußlands gedacht — jett soll er so umgestaltet werden, daß er die wirksame Ergänzung des im Entstehen begriffenen Hilfsvertrags mit

Rußland bilden wird! Auch zwischen Großbritannien und Außland waren alte Gegenfate zu beseitigen, bevor bie nun prattisch als abgeschloffen geltende Bereinbarung völliger gegenseitiger Silfsleiftung im Fall eines Angriffs auf ben anbern oder beffen Lebensintereffen getroffen murbe. Rachbem England ben grundfählichen Bunich hierzu ausgesprochen hatte, flog ber ruffifche Botichafter in Lonbon, Maifty, nach Mostau; er brachte am 29. April die Antwort Mostaus zurud. Sir Billiam Seeds, ber ruffifchfprechende Botichafter Grogbritanniens in Mostau, hat großen Unteil an diesen Berhandlungen gehabt. Auch der Besuch bes britischen Sandelsministers Subjon in Mostau, der nur teilweise Birtichaftsverhandlungen galt, ift von großer Bebeutung gewesen. Mostau hatte feit Munchen unter bem Eindruck gestanden, daß England ein beutsches Borgehen gegen die Ukraine ruhig hinnehmen wurde, ja ein jolches Festrennen deutscher Kräfte in Ofteuropa als "lachender Dritter" erwarte. Diefes Migtrauen gegenüber London ift überwunden worden; obwohl noch fein Bertrag unterzeichnet wurde, fann man von einer echten Berftändigung zwischen London und Mostau fprechen. Rußland wird, follte es zu einem Angriff auf Bolen ober Rumanien fommen, beiben Staaten alles gewünschte Rriegsmaterial zur Berfügung stellen. Der Unterschied ber Meinungen geht bereits nicht mehr barum, ob geholfen werden foll, sondern wie weit geholfen werden foll - wobei Rugland auf eine möglichst umfassende Frontbildung unter Einschluß möglichst vieler Staaten drängt. Jedenfalls betrachtet Rußland die baltischen Staaten genau so als "lebenswichtig" wie Großbritannien bas gleiche von Belgien und Solland ertlärt. Mithin murbe ein Angriff auf eines bieser Länder bas gegenseitige Silfsversprechen in Anwendung bringen. Alle biese Bujagen geben, wie Eben betonte, noch über die früheren allgemeinen Bufagen unter der Bölferbundsfagung hinaus. Die Schweig ift gleichfalls in biefen umspannenden Rahmen gegenseitiger Gebietesicherung eingeschlossen, da ein Ungriff auf die Schweizer Neutralität ein Lebensintereffe Frankreichs gefährben wurde; für diesen Fall ist Großbritannien ichon durch die englisch-französische Bindung zur Silfeleistung verpflichtet.

Der ursprüngliche Vorschlag Englands ging dahin, Rußland solle Polen und Rumanien eine Unterstützung durch Rriegsgerat, vielleicht auch Flugzeuge, für den Fall eines Angriffs zusichern. Ruglands Gegenvorschlag geht darüber weit hinaus: es municht ein festes Bundnis zu Dritt, mit England und Frankreich, bas gur Unwendung gelangen foll, wenn ein Angriff auf Eftland, Lettland, Litauen, Bolen, Rumanien einerseits, oder auf holland, Belgien, die Schweiz andererseits ausgeführt werden follte. Großbritannien ift, wie Frankreich, jum Abichluß diefes umfaffenden Silfsvertrags bereit. Die Schwierigfeit, die hierbei noch zu überwinden ift, besteht darin, daß Polen bisher den ruffischen Truppen den Ginmarich auf polnisches Gebiet nicht gestatten wollte und auch Rumänien ähnliche Bedenken hatte - ohne dies aber ericheint eine ruffische Silfsleiftung taum möglich zu fein. London erwartet, daß die letten Bedenken Polens durch die Ründigung des deutschepolnischen Nichtangriffsvertrags, die hitler am 28. April aussprach, aus bem Beg geräumt worben find. Grundfählich ericheint somit bie gemeinsame "Friedensfront" gegen einen möglichen Ungriff gesichert, und die Berhandlungen ber nächsten Wochen merben sich nur noch um die schließliche Gestaltung ber vielfachen Berträge breben.

* *

Während diese Reugestaltung Europas im Gang war, richtete der Präsischent dent der Vereinigten Staaten von Amerika am 15. April einen Aufrus an Hitler und Mussolini, durch eine Erklärung, daß keinerlei Angriff besahsichtigt sei, der ständig wachsenden Spannung in Europa ein Ende zu machen. Roosevelt bot seine Dienste als ehrlicher Makler an und schlug vor, man solle sich zusammensehen, um über die unbereinigten Punkte, vor allem wirtschaftlicher Art, zu verhandeln. Großbritannien nahm diese Erklärung mit

Bustimmung auf und auch die überwiegende amerikanische Bifentlichkeit sah barin eine neue hoffnung. Die jofort erhobene Rritit an Roosevelts Borichlag lautete: "Gegenvorschläge lassen sich nur zwischen gleichberechtigten Barteien machen, die in einander Bertrauen fegen. Roofevelt flößt tein Bertrauen ein", jo ichrieb Dr. Ganda in der "Giornale t'Italia". Umgefehrt ist das Vertrauen der Westmachte in die autoritaren Staatsmanner nicht größer - ber Berfall Europas in zwei Parteien, die zwei verschiedene und einander unverftandliche Sprachen fprechen, icheint vollzogen. Die Antwort, die Sitler - wohl auch im Namen Muffolinis gab, murbe in ber Reichstagsfigung vom 28. April erteilt: er wies biefe amerikanijche Einmischung mit Sohn und Spott gurud. Borber hatte die beutsche Reichsregierung einige ber von Roofevelt aufgezählten Staaten, benen Deutschland und Italien ein Nichtangriffsversprechen geben sollten, barüber befragt, ob fie fich bedroht fühlten. Kein Staat bejahte diese Frage. Die von der Schweiz erteilte Antwort machte in London einen guten Eindruck: sie wurde als würdig und sachlich zutreffend empfunden, auch als politisch klug, da fie jede mögliche Berlegung von Gefühlen vermied. Die Sachlage in Europa, so heißt es in London, spricht eine beutlichere Sprache, als die notwendig ausweichenden Antworten der befragten Staaten: Bolen hat feit März etwa eine Million Mann unter ben Baffen; selbst Holland hat den Zustand brohender Kriegsgefahr erklärt . . .

Die wichtigste Folge der Dentschrift Roosevelts icheint nach Londoner Auffajfung bie ju fein, bag bie öffentliche Meinung Amerikas fich ber Auffassung ber europäischen "Friedensfront" um einen weiteren Schritt genähert hat. Bugleich hat Roosevelt die gesamte Flottenmacht Amerikas in ben Stillen Ozean verlegt. Die englische Flotte würde daher bei europäischen Berwidlungen voll für die Aufgaben im Mittelmeer und im Atlantischen Dzean zur Berfügung stehen, ba sich Japan, sollte es die Gelegenheit zu einem Borftog benugen wollen, der ameritanischen Flotte gegenüber feben murde. Gine Folge beffen icheint zu fein, daß die beutschejapanischen Bundnisverhandlungen zu keinen greifbaren Ergebniffen geführt haben. Beiterhin find bie englisch-ruffischen Berhandlungen erleichtert worden, da Rufland die Ausbehnung des vorgesehenen Bündnisses auf den gernen Often nicht mehr gur Borbedingung macht. "Die eigentlichen Ziele der (englisch-russischen) Verhandlungen sind in der europäischen Lage zu suchen. Ich schließe jedoch die Möglichkeit nicht aus, daß sie weiter ausgebehnt werden", jo fagte Lord Halifag noch am 19. April im Oberhaus. Seitbem ift ber Ferne Often, zunächst wenigstens, aus ben Berhandlungen ausgeschieden morben. Die unmittelbare Aufgabe ift die Sicherung Europas.

* *

Gleichzeitig kam die Nachricht von der Ernennung eines neuen britisichen Botschafters in Bashington für den zurücktretenden Lindsay: mit der Wahl Lord Lothian so scheinen die amerikanisch-englischen Beziehungen, die sich letthin schon so herzlich gestalteten, einer weiteren Bertiesung entegegenzugehen. Lothian kennt die Bereinigten Staaten genau so gut wie sein eigenes Land. Er ist ein Liberaler eigner Prägung — da er unter keine der Parteigruppen fällt, nennt man ihn wohl scherzhaft einen "Lothian-Liberalen". Jedensalls verbindet er mit einer tief liberalen überzeugung, die auf Amerika ihren Eindruck machen wird, eine außergewöhnliche Kenntnis des britischen Weltreiches, für dessen Gestaltung er wesentliche Beiträge geliesert hat. Im vergangenen Herbst nahm er an der Reichstagung in Sidnen teil.

Der Rebe Hitlers vom 28. Upril wurde in amtlichen Londoner Kreisen verhältnismäßig wenig Bebeutung beigemessen, wenn sie auch einige Erkenntnisse vermittelte, die für die Offentlichkeit neu waren. Einmal war die englische öffentliche Meinung überrascht von dem Ton: Hohn und Spott angesichts der von jedem Einzelnen als unvergleichlich groß und lebenswichtig empfundenen Frage "Krieg ober Friede?" hatte kaum jemand erwartet. Unerwartet war auch die Enthüllung, daß nunmehr Danzig den eigentlichen Gefahrenherd abgeben wird. Für die Offentlichkeit war noch Rumänien der eigentlich gefährdete Staat. Das mag zum Teil an bem Besuch Gafencus liegen, der natürlich ben hauptgegenstand ber Pressestimmen ausmachte. hinzu fam bie weit beachtete Notiz des "Daily Telegraph" vom 27. April, die weil sie gelegentlich ungenau wiedergegeben wurde — hier verzeichnet werden muß: "Großes Rätselraten herrschte in einem tschechischen Dorf unmittelbar nach der militärischen Besetzung durch Deutschland. Es wurde durch einen gedruckten Aufruf an die Bevölkerung auf deutsch und in einer unbekannten Sprache verursacht. Schließlich wurde die geheimnisvolle Sprache von einem Sprachenkenner als rumänisch erfannt. Der Aufruf wurde bann von den beutschen Militarbehörden haftig entfernt." Umfo überraschender fam es für die englische Offentlichkeit, bag Hitler auf Rumänien nur mit einem Sat einging und sich statt bessen Bolen und Danzig zuwandte. "Danzig!" erscheint, nach dem Urteil Londons, das durch die hitlerrede ausgegebene Losungswort zu sein. Nun endlich versteht auch der Mann auf der Strafe, weshalb Bolen feit dem Marg mobilifiert hat.

Die vom britischen Auswärtigen Amt nach der Rede ausgegebene Berlautbarung erklärte, daß Englands Silfsversprechen an Polen — es wurde am 31. März erteilt — erst nach ber von Hitler erwähnten Ablehnung seiner Borschläge burch Polen ausgesprochen wurde. Jedenfalls scheint hier, in Danzig, der eigentliche Gefahrenherd zu liegen, an bem fich ein europäischer Krieg entzünden kann, ber zu einem abermaligen Busammenbruch unserer abendländischen Belt führen muß. Während die Reichstagsabgeordneten nach der offensichtlich als herzerfrischend empfundenen Abrechnung mit Roosevelt, bei der es genug zu lachen gab, nach Hause gingen, standen in London die Menschen zusammen und sagten sich: "Danzig, also Danzig". Erfolgt ein Handstreich auf Danzig, gegen ben Polen vorgeht, so ist Großbritannien, so sind alle die mit Großbritannien in der "Front gegen den Angreifer" verbundenen Staaten zur bewaffneten Hilfe verpflichtet. Deffen ist sich jeder Englander — und nicht nur jeder Englander — seit dem 31. März bewußt. Hierbei muß wiederholt werden, daß es ausschließlich Sache bes Staates ist, gegen bessen Lebensinteressen ein Angriff erfolgt, zu sagen, ob es sich um einen solchen Angriff handelt. Bejaht er diese Frage und verteidigt er sich mit Baffengewalt, fo muffen die andern Staaten felbsttätig und ohne weiteres Hilse leisten. London hatte gehofft, Hitler werde diese allen außerhalb Deutschlands und Italiens lebenden Bölkern bekannte Tatsache nun auch dem deutschen und italienischen Bolk bekannt geben.

Gegenüber der Danziger Frage und der Kündigung des deutsch-polnischen Nichtsangriffspaktes hat die Auschebung des englisch-deutschen Flottenvertrags kaum Besachtung gesunden. Wohl wies man amtlich in London darauf hin, daß der Berstrag als "endgültig" galt und keine Kündigung vorsah — praktisch jedoch erwartet man keine Krästeverschiedung. Natürlich ist diese einseitige Auschebung für viele Engländer der erneute Beweis, daß jegliche Vertragsverhandlungen mit Hitler zwecklos sind. Und die Regierung schließt sich dem insoweit an, als sie erklärt, daß die Kündigung kaum die richtige Aussorderung zu neuen Verhandlungen sei. Den Kernsah, der den Unterschied der beiden Welten zeigt, erkennt man in solgender Feststellung: "Deutschland hat nie in der englischen Interessenschungen seint unternommen", so heißt es in der deutschen Rote, die am 28. April in London überreicht wurde, "und hat diese Interessen nie gestört". London weist dem gegenüber darauf hin, daß es nicht angeht, Europa in "Interessenschen im aufzuteilen. England bleibt nicht gleichgültig, wenn selbständige Staaten im

Osten und Südosten Europas ihrer Eigenstaatlichkeit beraubt oder in ihrer Souveränität mit Gewalt bedroht werden. Den Tschechen mag alle Achtung ihres Volkstums gewährt werden: der höchste Ausdruck dieses Volkstums, der eigene, souveräne Staat ist ihnen geraubt worden. Jeder weitere Versuch solcher Anderungen wird sowohl von dem unmittelbar betroffenen Staat wie von der durch Großbritannien geschaffenen "Friedensfront" mit gleichen Mitteln, nämlich mit Wassengewalt, verhindert werden. Wenn es im Fall der Unterwerfung des tschechischen Staates zu keinem Kriege kam, so nur darum, weil die andere Seite diese schrittweise erfolgte Unterwerfung nicht voraussah, darauf nicht gewappnet war und einen Weltkrieg vermeiden wollte. Jeder weitere Versuch jedoch muß selbststätig das Riesengebäude der "Front gegen einen Angreiser" in Bewegung setzen.

Wer fann die Hand heben, um dieses namenlose Unglück, diese Massenvernichtung ohne "Sieger" und "Besiegte" auszulösen? Welche Berantwortung ruht auf den wenigen Männern, die an der Spitze der europäischen Bölker stehen — welch' Maß an Berantwortung aber ruht auch auf jedem, der etwa in Danzig, dieser beutschen Stadt, durch Gewalt einen Umschwung herbeibringen möchte! Polen fürchtet, daß die Angliederung Danzigs an das Reich, das Sprungbrett für ein militärisches Aufrollen seines Zugangs zum Meer bieten würde. Anwendung von Gewalt muß zum Krieg führen. Niemand vermag einzusehen, warum nicht durch Berhandlungen eine Lösung gefunden werden kann, die beiden Seiten Gerechtigkeit wiedersahren läßt und für die sich der Einsatz eines Weltkrieges nicht "lohnt".

Welche Verantwortung aber ruht auch auf jeder Zeitung und Zeitschrift. Dieser Londoner Brief soll einzig und allein sagen, was London die Lage sieht. Diese so jelbstverständlich erscheinende Feststellung ist vielleicht doch notwendig "in einer Welt, in der alle Zeitschriften von Propagandaleuten durchgekämmt werden, um Mißtrauen und Haß zu säen" (dies sagte der frühere Jour-nalist und heutige Außenminister Gasencu während seines Londoner Ausenthalts).

*

Großbritannien ist bereit, so hat Lord Halisag am 19. April erklärt und so wurde am 29. wiederholt, dem Deutschen Reich bas feierliche Bersprechen abzugeben, daß keinerlei Ungriffshandlung gegen das Reich geplant ift, daß vielmehr bas hilfsversprechen der "Friedensfront" ausschließlich für den Fall eines Angriffs auf einen der teilnehmenden Staaten gilt. Bisher hat London als einzige Antwort ben täglich in ber beutschen Presse erhobenen Borwurf ber "Ginkreisung" Deutschlands und Italiens durch Großbritannien erhalten und die Drohung gehört, Deutschland werde dieser Einkreisung nicht müßig zusehen. Das heutige Deutschland kann sich nicht "jahrelang wie in der Borkriegszeit eine Einkreisungspolitik gefallen laffen, ohne die nötigen Gegenschritte zu tun", erklärte Dr. Schäfer, ber Sauptschriftleiter der "Kölnischen Zeitung". In England sind diese Stimmen genau gehört worden - mas bedeuten fie? Wir muffen abwarten. Die Lage stellt fich nach Chamberlains Worten unverändert so dar: "Ich möchte nicht den Eindruck erwecken", sagte er, "daß ich einen Krieg für unmittelbar bevorstehend halte. Das tue ich nicht. Aber ich glaube, wir befinden uns in einer Lage, in der ein febr geringer Unftog nach ber einen ober ber anderen Seite barüber enticheiden fann, ob ein Krieg ausbricht ober nicht".

London, 29. April 1939.

3. W. Pic.

April 1939 / Der Sturz Litwinow's.

Ein Drittel dieses Jahres 1939, dem man da und bort zu seinem Beginn ben Charafter eines tragifchen Sahres in ber europäischen Beschichte gugeiprochen, liegt hinter uns, und es läßt fich heute schon fagen, daß es auf dem besten Wege ist, dustere Prognosen zu erfüllen. Richt daß wir, nach der logischen Folge ber Dinge berechnet, heute bereits vor den Toren eines europäischen Krieges ftunden - im Gegenteil: die Logit weist immer noch burchaus auf andere Schluffe und zwar sowohl was die rein militärpolitischen Dinge betrifft, wie auch die wirtschafts- und finanzpolitischen Dinge — und bies trop ber Rebe bes beutschen Führers vom 28. April, die in ihrem Ton und in mancher Richtung - sogar für bas Sahr 1939 — beachtlich war. Allein auch in dem vielleicht nicht nur durch ein 25jähriges Jubilaum dem laufenden Jahre parallelen Jahre 1914 hatte die Logit der Dinge feineswegs die Entfesselung des Beltfrieges zu jenem Zeitpunkt vorgeschrieben . . Die Spannungen aber find heute minbeftens fo ftart, wie fie bamals waren und oftmals scheint als einzige und lette Hoffnung allein die aus natürlichen Gründen bon Sahr zu Jahr verminderte Buversicht, die sich barauf grundet, dag die Generation, die den Weltkrieg geführt hat, ein zweites Mal nicht ins Feld ziehen werde.

Wo stehen wir? Als wir die Feder das lette Mal beiseite legten, hatte Chamberlain gerade noch das einseitige und provisorische Hilfsversprechen an Polen abgegeben und in seiner grundsätlichen Erklärung vom 3. April die Um stellung der britischen Außenpolitik festgelegt — eine Schwenkung, die zu den bedeutsamsten Geschehnissen in der jüngeren britischen Geschichte gehört.

Ganz bem vorausgesagten Charakter bes Jahres 1939 entsprechend, ereignete sich inzwischen

a) die Besetzung Albaniens am 7. April 1939:

- b) die Konstituierung des gegenseitigen britisch-polnischen Bündnisses und die britisch-französische Garantie für Rumänien und Griechensand, dis Mitte Upril;
- c) der Appell Roosevelts am 15. April 1939;
- b) die Einführung der allgemeinen Behrpflicht in England am 27. April 1939;
- e) die Rede Hitlers vom 28. April 1939.

Zweifellos eine schöne Leistung innert vier Wochen!

* *

Wo stehen wir? Man könnte sagen: mitten in der Entwicklung, die durch die Ereignisse des 15. März 1939 eingeleitet wurde, bezw. logischerweise eingeleitet werden mußte. Es ergab sich zu jenem Zeitpunkt, daß die Politik des Dritten Reiches die selbst gesetzen Schranken, die den Weg zum Imperialismus versperrten, aus dem Wege räumte und von der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Bölker, das seit dem Jahre 1933 das Axiom seiner Politik, vor allem in ihrer moralischen Fundierung nach Außen gewesen war, ab — und zu einer über das Bölkische kühn hinwegschreitenden Expanssion spolitik überging. Diese Feststeslung allein erscheint uns heute entscheidend. Ihr gegenüber kann der Chronist es sich ruhig versagen, die einzelnen Argumente in die Diskussion zu ziehen, die Hitler in seiner Rede vom 28. April zur Rechtsertigung der Märzaktion angesührt hat und deren willkürlichstes zweiselsos die Bestreitung einer Berletzung des Abkommens von München vom 30. September 1938 war.

Deutschland ist zur imperialistischen Politik zurückgekehrt, die vor ihm die westseuropäischen Staaten längst beschritten und die es selbst zulest unter den verbündeten Raiserreichen der Hohenzollern und der Habsburger eingeschlagen hatte. Wie weit die

beutschen Ziele tatsächlich gesteckt sind, weiß heute niemand; "Mein Kamps" allerbings gibt gewisse nicht unwesentliche Anhaltspunkte. Daß dazu der Kolonialsanspruch gehört, erscheint sicher, wenn auch das Ausmaß dieses Anspruches nicht sestschet. Nach wie vor nämlich ist die Möglichkeit da, daß diese Ansprüche am Ende nicht ungern gegen näherliegenden "Lebensraum" ausgehandelt werden sollten. Aber alles weitere besteht nicht die mindeste Klarheit.

Umso häusiger stellen sich nun in allerzüngster Zeit zwei Begriffe zur Begründung des deutschen Vorgehens ein, deren Abgrenzung wohl nicht ohne Absicht völlig offen steht: der "Lebensraum" und daneben die begriffliche Expansionsbegründung mit der "tausend jährigen Zugehösrigkeit zum Deutschen Reich". Was soll das? Es würde uns nicht wundern, wenn diese fantasiereichen Worte Herrn Mussolini seltsam in den Ohren klängen! (Nur Herrn Mussolini?)

* *

Daß angesichts einer dermaßen eindeutig vorgenommenen Wendung sich auch die britische Politik zu einer Schwenkung entschloß, kann eigentlich nicht als erstauntich angesehen werden. Immerhin erscheint das Ausmaß dieser Schwenkung recht bedeutend, und wahrscheinlich bedeutender, als man an bestimmten Orten angenommen hatte. Unser Mitarbeiter in London hat den Leser aussührlich über die Umstände und ihre Einzelheiten orientiert.

Daß die englische Reaktion mit "moralischen" Gesichtspunkten in letter Linie nichts zu tun hat, braucht wohl kaum besonders betont zu werden. England folgt bei seinem Gingreifen in den kontinentalen Raum nur dem seit der Zeit Napoleons feststehenden Grundsat, keiner Macht das Abergewicht auf dem europäischen Kontinent zuzuerkennen. Aus diesem Grunde verbundete es fich vor dem Rriege mit Frankreich und Aufland gegen das Zweite Reich; aus demfelben Grunde verhinberte es mahrend ber Friedenstonferenzen ber Jahre 1918 bis 1920 die Durchjegung ber wesentlichen frangosischen Begemonieanspruche bezüglich bes Rheines, um in ber folgenden Zeit der frangofischen Rachkriegspolitik mehr als einmal störend in ben Weg zu treten. So versagte es Frankreich auch jede Unterstützung für die Zurudweisung der ersten Ginbruche in bas Gefuge von Bersailles der Jahre 1935 bis 1937 und sorgte so dafür, daß tatsächlich jede Reaktion unterblieb. Und schließlich erzwang in letter Linie die Zurückaltung Englands die Passivität Frankreichs und damit des tichechoslowakischen Staates im September 1938 und ermöglichte so bie Angliederung der sudetendeutschen Gebiete an das Reich ohne den aktiven Ginfat ber Baffengewalt.

* *

Gleichwohl war in England schon seit dem abessinischen Konflikt eine starke Strömung vorhanden, die eine unzuträgliche Verschiedung des europäischen Gleichsgewichts zu Gunsten der aufstrebenden Achsenmächte voraussah, wenn Großsbritannien nicht eingreisen würde. Einer der bekanntesten Exponenten dieser Richtung war wohl der frühere Außenminister Eden. Nach der Angliederung Ostersreichs verstärkte sich der Einfluß dieser Kreise immer mehr, und die Agitation steisgerte sich vollends nach dem Abschluß des Münchner Abkommens, leider in persönlich zugespitzter Weise gegen die Person des Premierministers Chamberlain.

Wir haben in der letten Rundschau versucht, darzulegen, daß die Politik Chamberlain s von seinen Gegnern oftmals recht falsch eingeschät worden ist. Zweisellos hat sich Chamberlain durch das von Vielen nicht verstandene Festhalten an der "Friedenspolitik" selbst in Augenblicken, wo die britisch-französische Politik sich zunehmenden "Aspirationen" verschiedener Herkunft und verschiedenen Charakters ausgesetz sah, im Grunde nichts anderes als eine vortreffliche diplomatischen Politik gestiell om atische Plattsorm sür die Schwenkung der britischen Politik ges

schaffen, die wir in diesen Wochen und Tagen erleben: Chamberlain, "der Mann mit dem Regenschirm", "der Mann des Friedens", greift mit für englische Begriffe vor kurzem noch unvorstellbar radikalen Mitteln in die Kontinentalpolitik ein — territoriale Garantien, Bündnis mit Rußland und endlich die allgemeine Wehrpflicht. Die Spekulation war dabei: wenn sogar die ser Mann zu solch en Mitteln übergeht, dann muß die Kritik schweigen. Und sie hat geschwiegen! So ergibt sich, daß das diplomatische Manöver Chamberlains im Wesentlichen gerungen ist, indem er England ohne wesentliche Schwierigkeiten eine scheindar aller Tradition widersprechende Schwenkung vornehmen ließ, und ohne daß — vor allem — hörbare Proteste aus den überseeischen Dominions eingegangen wären.

* *

Auch die "Friedensbotschaftlich in Mitleidenschaft gezogen werden duch die Positien müßte, duch die Positien müßte, die die Union nicht nur wirtschaftlich in Mitleidenschaft gezogen werden duch die Villedenschaft gezogen werden die Die Villedenschaft gezogen werden die Villedenschaft gezogen werden fönnte.

So wurde der Appell Roosevelts in der Absicht unternommen, die diplomatische Position der Westmächte zu unterstützen und die der totalitären Mächte zu verschlechtern. Inwieweit es dabei noch gelang, etwa unmittelbar bevorstehende Aktionen der Achsenmächte zu verhindern, ist unbestimmt. Jedenfalls hat der Appell den pshchologischen Zweck erreicht, der mit ihm beadssichtigt war: die Aktion Roosevelts wurde überall auf der Welt, auch in neutralen Gesilden, vom durchschnittlich en Zeitungslesen gewertet. Der Appell hat damit der psychologischen Position des Westblocks eine beträchtliche Verstärkung angedeihen lassen, womit, wie wir glauben, sein Ergebnis im Wesentlichen umsschrieben wäre.

* *

Teils unter diesem Eindruck, vor allem aber aus einer gewissen Sorge um die Erhaltung eigener Unabhängigkeit, die man schließlich nach der Unnexion Böhmens und Mährens und dem Handstreich gegen Albanien nicht ohne weiteres als unbegründet bezeichnen kann, hat sich in den letten Bochen das Garantiessistem beträchtlich erweitert. Einbezogen sind vorerst Rumänien und Griech en land. Rußland hat sich eng in die Bestsront eingereiht und offensichtlich wird dort nur noch über gewisse Modalitäten verhandelt, deren Bestimmung in Erinnerung an gewisse Bestrevolutionspläne nicht unbedenklich sein mag — wie denn die Beiziehung Rußlands schon als solche Bedenken wecken muß. Auch die Türkei ist heute bereits der Bestsront zuzuzählen.

Von ganz erheblicher Bedeutung aber ist die Haltung Polens. In diesem Falle geht die Bindung an die Westmächte weit über alles hinaus, was in den Bezirken des Balkans geschah. Die Gegenseitigkeit der Garantieverpslichtungen hat hier zu einem eigentlichen Militärbündnis geführt. Wie kam das?

Die offene Gegnerschaft Polens zum Reich, wie sie jetzt besteht, könnte diesem nur dann nicht zum Schaden oder Nachteil gereichen, wenn es sich insgeheim bereits des Einverständnisses Rußlands im Sinne einer neuen Teilung Polens versichert hätte; eine Kombination, die theoretisch durchaus im Bereich der Möglichkeit liegen könnte! Allein es dürfte heute — und daran ändert auch die offensichtliche Schonung Rußlands in der Hitler'schen Reichstagsrede nichts — seststehen, daß das Reich sich die ausdrückliche Feindschaft des früheren Freundes Polen zugezogen hat, ohne vordem oder zugleich mit Rußland ins Reine zu kommen. Würde dies noch versucht — die Reichstagsrede könnte solche Schritte vermuten lassen —, so wäre es, inmitten der abschließenden Verhandlungen zur Wiederaufrichtung der kollektiven Sicherheit — reichlich spät dasür.

Ohne diese Rudendedung aber tommt die Abdrangung Bolens in die Front ber Bestmächte einer biplomatischen Schlappe bes Reiches gleich. Es icheint benn auch, als habe bie beutsche Bolitit nach ber Errichtung bes Broteftorates Böhmen-Mähren in bem Bolen berührenden Raum nicht mit viel Geschid operiert. Die an Bolen gerichteten Forderungen auf Unglieberung Danzigs an das Reich und auf Errichtung eines exterritoria len Korribors burch den Korridor erscheinen bei einem Blick auf die Karte für Polen zweifellos äußerst ichmer tragbar, weil sie bie einzige Schiffahrteftrage, Die Bolen mit bem Baltischen Meer verbindet, unter die machtpolitische Kontrolle bes Reiches bringen würden, woran auch die Errichtung eines Freihafens oder andere zollpolitische Kongeffionen zu Gunften Bolens nichts andern konnten. Außerdem binge ber gwischen bem exterritorialen deutschen Korridor und bem Meer liegende Abschnitt des polnischen Korribors faktisch in ber Luft. Damit aber mare in Zeiten ber Spannung ber Safen von Gbingen prattifch ohne Berbindung mit bem Sinterland und fo ohne Reserven für seine Berteidigung, weil die einzige Berbindung burch ben beutschen Korridor unterbrochen, zum mindesten aber kontrolliert würde. Tatsächlich wäre bemnach — bei Unnahme bes beutschen Borschlages — bie Berbinbung bes polniichen Bebietes mit bem Baltischen Meer und Bbingen ungünstiger als bie Berbindung, die ohne Berudfichtigung der deutschen Propositionen heute zwiichen bem Reich und Oftpreußen besteht! Denn bas Reich verfügt bei allen Un-Butraglichkeiten immerhin über ben unbehinberten Seeweg, mahrend Bolen bei Annahme ber beutschen Borschläge jede unkontrollierte Berbindung hätte aufgeben muffen.

Wie weit die angebotene Grenzgarantie von 25 Jahren gegenüber dieser Sachlage ins Gewicht fallen konnte, ist schwer zu übersehen. Polen hat jedenfalls das deutsche Angebot abgelehnt und sich ohne Zögern in die Front der Westmächte eingereiht.

* *

Unter dem Aspekt dieser Entwicklung, wie sie sich aus den verschiedenen Komponenten ergab, mußte die Rede Hitlers vom 28. April troß einer teilweise unbestreitbaren historischen Fundierung und allen lauten und ironischtroßigen Beiwerks einen in letzter Linie desensiven Charakter tragen. Tatsächlich schien sich dem Hörer dieser Eindruck von Ansang an aufzudrängen und vielleicht mag dazu auch der seltsam anmutende Klang der Stimme des Sprechenden zu Ansang der Rede beigetragen haben. Die deutsche Politik sieht sich sechs Wochen nach der Errichtung des wohl scheindar größten machtpolitischen Ersolges der Nachkriegszeit — nämlich der Besehung des Kessels von Böhmen — einer äußerst gestächtigem Roalition auf zwei Fronten gegenüber, die es zu vorssichtigem Manövrieren zwingen müßte.

* *

Der Weg der Verhandlungen steht heute noch offen. Die Reichsführung weiß — trop aller dirigierten Propaganda in Presse und Radio — ganz genau, daß die Westmächte an einen Angriffskrieg gegen Deutschland nicht denken und sich auch durch eine etwa übertriebene Halsstarrigkeit oder Großmannssucht Polens nicht in ein zu vermeidendes Abenteuer hineinreißen lassen werden.

So wären Verhandlungen heute die Lösung. Allein vergessen wir eines nicht: Hitler hat eine Forderung gestellt und ist damit abgewiesen worden. Er sieht sich der Möglichkeit ausgesetzt, eine beträchtliche Einbuße an Prestige zu erleiden. Und deshalb ist die Lage von der pshchologischen Seite so äußerst gefährdet.

Bürich, ben 3. Mai 1939.

Jann b. Sprecher.

P. S. Der Sturz Litwinow's kam in diesem Augenblick wohl für jedermann unerwartet. Aber die Gründe besteht noch keine Klarheit. Seltsam nur, daß Stalin seinen Minister mitten aus im Zuge befindlichen Verhandlungen herausgerissen hat. Allerdings ist zu sagen, daß diese Verhandlungen um einen Neu-ausbau der kollektiven Sicherheit in den letzen Tagen nicht mehr vorwärts kommen wollten, weil die Russen sich ihren Einsatz teuer abkausen lassen. Der Sturz des Ministers besagt wohl, daß diese Verhandlungen auf einer neuen, etwas weniger hypothetischen Grundlage neu ausgenommen werden.

Ober sollte tatsächlich eine Schwenkung der russischen Außenpolitik vorgenommen werden?

Deutschland ist in den letzten Tagen äußerst aktiv. Dies beweist neuersdings der Abschluß von Nichtangriffspakten mit Lettland und Estland. Die deutsche Gegenaktion gegen Chamberlain ist in vollem Zuge. Wirdes ihr am Ende gelingen, die entscheidende Umwälzung der gesamten Ostprobleme zu Gunsten des Reiches zu verwirklichen?

5. Mai 1939.

ු.

Mehrpolitische Rundschau

Um ersten Junisonntag haben die stimmberechtigten Schweizerbürger wieder einmal die seltene Gelegenheit, sich zu einer Militärvorlage aussprechen zu können: zum Berfassungsartikel über den Ausbau der Landesverteidigung und die Bekampfung der Arbeitslosigkeit. Die Borlage unterliegt bem obligatorischen Berfassungsreserendum; gegen eine bloße Gesetesvorlage mare zweifellos das fafultative Referendum nicht ergriffen worden. Die neuesten Beranderungen in ber territorialen Gliederung des europäischen Südostens und die anhaltenden politischen Spannungen in diesem Gebiet und im Mittelmeerraum machen ben weiteren Ausbau unserer Landesverteidigung zur gebieterischen Notwendigkeit. Die Borlage, die bis zur Abstimmung bereits auf das unzeitgemäße Alter eines Jahres zurudbliden fann, ift fogar burch die Ereignisse bereits überholt. Um im planmäßigen Ausbau ber Landesverteibigung teine Baufe eintreten zu laffen, hat bie Bundesversammlung dem Bundesrat schon im November und im Februar Borschußkredite aus der großen Borlage bewilligt, und kaum war die parlamentarische Beratung des Berfassungsartifels beendet, hat der Bundesrat den eidgenössischen Räten wieder eine neue Kreditforderung von weiteren 190 Millionen Franken für die Landesverteidigung stellen muffen. Bon den verschiedenen Aufruftungs. magnahmen, für die diese Rredite bestimmt find, seien vor allem zwei hervorgehoben: die Errichtung von Befestigungen und ber Bau strategischer Strafen. Das Programm der Grenzbefestigungen an allen Grenzen ist ergänzt worden und foll restlos zur Ausführung gelangen. Daneben wird aber auch an die Schaffung einer eigentlichen Landesbefestigung gedacht, an die Errichtung stark befestigter Stuppuntte in einer zweiten Linie, als Rudhalt ber Felbarmee bei einem